

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

298 (21.12.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,88 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 63, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. V. XI. 3400.



Anzeigenberechnung: Die Gespaltene Millimeterzeile (48 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Jt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 298

Freitag, den 21. Dezember 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Hamburg sind die Saarabstimmungsberechtigten Deutschen aus Südamerika eingetroffen und feierlich begrüßt worden.

Durch eine neue Butterverordnung zum 1. Januar wird die Kennzeichnung der Butter nach der Herkunft aufgehoben und der Ausformungszwang verschoben.

Die großen französischen Kraftwagenwerke Citroen stehen in finanziellen Schwierigkeiten, man spricht von einer Milliarde Franken Fehlbetrag.

Unter völliger Schweigen der Saarbevölkerung rückten die englischen Truppen ins Saargebiet ein — so berichten die englischen Blätter und sie zeigen Achtung für diese aufrichtige deutsche Haltung.

Ministerpräsident Macdonald nimmt in der Zeitschrift der „Nationalen Arbeiterpartei“, „News Letter“ zu dem neuen Kurs der englischen Friedenspolitik Stellung und fordert neue Abrüstungsverhandlungen.

Fernsehübertragung in der Reichskanzlei

Berlin, 20. Dez. Dem Führer wurde am Dienstag durch den Staatssekretär des Reichspostministeriums Dr. Ohnesorge, eine Fernsehübertragung vorgeführt. Mit einem vom Reichspostsenatoramt in der Reichskanzlei aufgestellten Fernsehempfänger wurden verschiedene Ausschnitte aus Tonfilmen, Sendungen des Ultra-Kurzwellensenders, der Deutschen Reichspost in Berlin-Wilgeln wohlgeklungen aufgenommen.

Die Beauftragten des Reichsjustizministers

Berlin, 20. Dez. Gemäß Paragraph 2 des zweiten Gesetzes zur Ueberleitung der Reichspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 sind vom Reichsminister der Justiz zu seinen Beauftragten bestellt worden:

1. für die Abteilung Bayern des Reichsjustizministeriums Staatsrat Spangenberg,
2. für die Abteilung Sachsen-Thüringen des Reichsjustizministeriums Justizminister Dr. Thierack,
3. für die Abteilung Württemberg-Baden des Reichsjustizministeriums Ministerialdirektor Dr. Thiering,
4. für die Abteilung Nord des Reichsjustizministeriums, umfassend die Länder Hamburg, Mecklenburg, Oldenburg (ohne Birkenfeld), Bremen und Lübeck Senator Dr. Rothenberg.

Neue Butterverordnung ab 1. Januar 1935

Ausformungszwang ein Jahr verschoben

Berlin, 20. Dez. Das Reichsernährungsministerium hat, wie das RdZ. meldet, eine neue Butterverordnung erlassen, die zum 1. Januar 1935 in Kraft tritt. Die Butterverordnung vom 20. Februar 1934 hatte u. a. die Kennzeichnung der Butter nach der Herkunft und nach der Sorte vorgeordnet. Dabei erstrickte sich die Pflicht zur Herkunftskennzeichnung auf alle Butter, also auch auf ausländische, während die Sortenkennzeichnung (Markenbutter, feine Molkereibutter, Molkereibutter, Landbutter, Kochbutter) nur für deutsche Butter verlangt wurde.

Die neue Verordnung hebt die Bestimmungen über die Kennzeichnung der Butter nach der Herkunft auf. Damit entfällt die Kennzeichnung ausländischer Butter nach dem Herkunftslande. Oberregierungsrat Dr. Gebhard vom Reichsernährungsministerium erklärt hierzu in der NS-Landpost, daß jetzt die gesamte Buttereinfuhr durch die Reichsstelle für Milchzeugnisse, Oele und Fette zentral erfährt werde. Was heute an Auslandsbutter herankomme, entspreche sowohl der Menge wie der Herkunft nach den Bedürfnissen des einheimischen Marktes. Es habe daher für den deutschen Verbraucher keinen Sinn mehr, aus nationalen Gründen den Bezug irgend welcher ausländischer Butter abzulehnen, denn die Tatsache, daß diese Butter auf dem deutschen Markt erscheint, liefert nach den in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen ohne weiteres den Beweis, daß ihre Einfuhr der deutschen Regierung erwünscht sei und den Bedürfnissen des deutschen Marktes entspreche.

Die neue Verordnung dehnt jedoch nach einer anderen Richtung hin die Butterbestimmungen aus. Denn die Kennzeichnung der Butter nach der Sorte wird jetzt mit Wirkung vom 1. Januar 1935 an auch für Auslandsbutter vorgeschrieben. Alle in Deutschland gehandelte Butter muß also künftig unter einer der erwähnten fünf Sortenbezeichnungen verkauft werden, die sich nach den Merkmalen der Butter richten wie Geschmack, Geruch, Gezüge, Aussehen usw. Die Ausdehnung der Sortenbezeichnungspflicht auf Auslandsbutter wird so einfach wie möglich gehandhabt; es genügt, wenn sie vom ersten inländischen Empfänger angebracht wird, ehe die Butter von ihm weiter in den Verkehr gelangt wird. Endlich bestimmt die Verordnung noch, daß das Inkrafttreten des Ausformungszwanges von Markenbutter um ein Jahr, d. h. bis zum 1. Januar 1936, verschoben wird.

Aufent

zur öffentlichen Volkswelchnachtsfeier am 23. Dezember 1934, 19 Uhr

Am 23. Dezember feiert das ganze deutsche Volk die öffentliche Volkswelchnacht als Fest der Volksgemeinschaft und der helfenden Tat. Wenn um 19 Uhr am kommenden Sonntag alle Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung zur Welchnachtsfeier rufen, wenn die Schaufenster in den Straßen unserer Städte sich verdunkeln, wird im Glanz des Lichterbaumes auf den Gabelstischen des NSDAP und der NS-Volkswohlfahrt und anderer Gliederungen der Bewegung Adolf Hitlers eine Fülle von Gaben ausgebreitet sein, auf die die leuchtenden Augen der Kinder armer Volksgenossen in froher Erwartung gerichtet sein werden. An ihrer Freude teilzunehmen, ist der Wunsch und sicher auch das schönste Welchnachtserebnis aller Glieder der deutschen Volksgemeinschaft.

Es muß als Selbstverständlichkeit betrachtet werden, daß die Teilnahme an dieser Feierstunde jedem Deutschen ermöglicht wird. Vereine und Organisationen werden ersucht, für diesen Tag vorbereitete Vereinswelchnachtsfeiern so zu verlegen, daß die Zeit zwischen 19 und 20 Uhr zur Teilnahme an der öffentlichen Volkswelchnachtsfeier freigehalten wird. Soweit an diesem Tag Arbeiter und Angestellte durch das Welchnachtsgeschäft beansprucht werden, wird erwartet, daß die Arbeitgeber organisatorische Vorkehrungen treffen, um eine Beschäftigung von Angestellten und Arbeitern in derselben Zeit auf das äußerste Mindestmaß zu beschränken. Von den Mitgliedern des Einzelhandels wird dringend gewünscht, daß sie die vereinbarten Ladenstuhzeiten streng einhalten und eine Beanspruchung des Personals nach 19 Uhr unter allen Umständen vermeiden. Mit Rücksicht auf die zu erwartende große Beteiligung der Bevölkerung an der öffentlichen Volkswelchnachtsfeier bedeutet es sicherlich kein großes finanzielles Opfer, wenn die Theater und Lichtspielhäuser sich aus freien Stücken entschließen, in der Zeit von 19 bis 20 Uhr keine Vorstellungen abzuhalten. Auf diese Weise wird erreicht werden, daß die Feierstunde der Volkswelchnacht im gleichen Ausmaß ein Erlebnis des ganzen Volkes sein wird, wie die großen Feiertage der Nation am 1. Mai und am 1. Oktober.

Heil Hitler!

gez. Robert Wagner, Gauleiter und Reichsstatthalter.

Kanzlei des Führers bis 3. Januar 1935 geschlossen

Berlin, 21. Dez. Die Kanzlei des Führers teilt, wie der „B. V.“ meldet, mit:

Die Diensträume der Kanzlei des Führers der NSDAP und der Privatkanzlei bleiben von Samstag, 22. Dezember bis Donnerstag, 3. Januar 1935 einschl. für Besucher geschlossen. Der Schriftverkehr ist während dieser Zeit bis auf dringende Angelegenheiten einzuschränken. gez. Böhler.

Der norwegische Ministerpräsident dankt der Besatzung der „Neuport“

Hamburg, 20. Dez. Der norwegische Ministerpräsident und Minister des Äußerer, Mowinkel, hat an die Hamburg-Amerika-Linie das folgende Telegramm gerichtet:

„Habe eben mit Bewunderung von der Rettung der Besatzung des norwegischen Schiffes „Sitho“ durch die heldenhaften Anstrengungen der Besatzung Ihres Schiffes „Neuport“ gelesen. Ich bitte Ihre Gesellschaft, meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und der Besatzung der „Neuport“ überbringen zu wollen.“

„Neuport“-Besatzung erhält die Rettungsmedaille. Aus Anlaß der heldenhaften Rettungstat der „Neuport“-Besatzung hat der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frick, an das hamburgische Staatsamt folgendes Telegramm gerichtet: „Anlässlich heldenhafter Rettungstat der Besatzung „Neuport“ erlaube unverzüglich Einreichung von Vorschlägen zur Verleihung der Rettungsmedaille.“

Besserer sozialer Schutz der Seeleute

Berlin, 20. Dez. Die Reichsregierung hat in diesen Tagen ein Gesetz über die Ermächtigung des Reichsarbeitsministers zum Erlass sozialer Schutzvorschriften für die Besatzung von Seeschiffen und Hochseefischerfahrzeugen verabschiedet. Das Gesetz gibt dem Reichsarbeitsminister die Möglichkeit im Einvernehmen mit den anderen zuständigen Reichsministern für Seeschiffe und Hochseefischerfahrzeuge durch Verordnung Vorschriften über die Zusammenlegung der Besatzung, über die Verpflegung und Unterkunft, sowie über sonstige Einrichtungen, die dem Wohle der gesamten Besatzung zu dienen bestimmt sind, zu treffen.

Erleichterter

Bezug der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung bei Verdienstausfall

Berlin, 21. Dez. Der „Völkische Beobachter“ meldet: Die diesjährige Lage der Welchnachtsfeiertage hat einen erheblichen Ausfall an Arbeitstagen zur Folge. Der damit verbundene Verdienstausfall trifft naturgemäß besonders diejenigen Notstandsarbeiter, die an einem anderen Ort als ihrem Wohnort Unterkunft nehmen mußten und während der Feiertage zu ihrer Familie zurückkehren.

Um den Verdienstausfall für diese Volksgenossen zu mildern, hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers eine Anordnung erlassen, wonach diese Notstandsarbeiter für die Tage, an denen sie feiern müssen, erleichterten Bezug der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung bekommen können.

Sie erhalten nämlich die Unterstützung, wenn sie in der Zeit vom 24. Dezember 1934 bis zum 2. Januar 1935 ihre Arbeit ohne Anspruch auf Entlohnung aussetzen müssen und an ihren alten Wohnort zurückkehren, ohne daß sie die gesetzliche Wartezeit zurückzulegen brauchen. Soweit sie schon vor der Zuweisung zur Notstandsarbeit Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, verbleibt es bei der Höhe dieser Unterstützung.

Der erwähnte Art von Notstandsarbeitern stehen Tiefbauarbeiter gleich, die zur Beschäftigung bei Außenarbeiten des Tiefbaugewerbes, die im Auftrage des Reiches oder des Unternehmers „Reichsautobahnen“ durchgeführt werden, an einem anderen Ort als ihrem Wohnort Unterkunft haben nehmen müssen. Diese erhalten die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung, allerdings nur dann, wenn ihnen eine dieser Unterstützungen nach dem 31. Dezember 1933 bereits gewährt worden ist.

In einem Erlass an die Sozialministerien der Länder hat der Reichsarbeitsminister die notwendige Ergänzung hinsichtlich der sogenannten Wohlfahrtsverworflichen ausgesprochen. Diese werden die Voraussetzungen für die Gewährung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung in der Regel nicht erfüllen.

Bei diesen Arbeitern wird jedoch immer infolge des Verdienstausfalles die Voraussetzung, der Hilfsbedürftigkeit ohne weiteres vorliegen. Daher erscheint es dringend geboten, daß die Fürsorgeverbände dieser Gruppe von Notstandsarbeitern die erforderlichen Unterstützungen für die Zeit der Aussetzung der Arbeit gewähren.

Der Reichsarbeitsminister weist darauf hin, daß von der erneuten Prüfung der Hilfsbedürftigkeit in solchen Fällen unbedingt abgesehen werden kann, wenn es sich um Arbeiter handelt, die nach dem 31. Dezember 1933 bereits von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützt worden sind.

Diese neuen Maßnahmen der Reichsregierung kommen einem besonders bedürftigen Kreis von Volksgenossen zugute; sie sind daher überaus zu begrüßen.

Von der Reichswirtschaftskammer

Berlin, 20. Dez. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit: Reichsamtpräsident Dr. Schacht hat an den Leiter der Reichswirtschaftskammer, Regierungsrat a. D. Ewald Feder, ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Als Stellvertreter des Leiters der Reichswirtschaftskammer habe ich Herrn Staatssekretär im einseitigen Ruhestand Dr. Ernst Trendelenburg in Berlin-Dahlem, Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Vereinigte Industrieunternehmungen AG in Berlin, bestellt.“ — Damit ist Staatssekretär Dr. Trendelenburg Stellvertreter des Leiters der Reichswirtschaftskammer.

Lord Rothermere in München

Berlin, 20. Dez. Der englische Zeitungsfürst Lord Rothermere, der einige Tage in Berlin zu Gast war und Gelegenheit hatte, sich mit führenden Persönlichkeiten des neuen Deutschlands zu unterhalten, verließ am Donnerstagabend die Reichshauptstadt, um sich in Begleitung seines Sohnes, Mr. Harmsworth, und seines Sonderkorrespondenten Mr. Ward Price nach München zu begeben. Er hat den Wunsch geäußert, die Reichsautobahnen, eines der großen Werke, die auf Anordnung des Führers begonnen wurden, persönlich in Augenschein zu nehmen. Im Süden des Reiches wird Lord Rothermere besonders günstige Gelegenheit haben, sich von dem schnellen Fortschritt dieser Arbeiten zu überzeugen.

Auch dem Braunen Haus wird Lord Rothermere, wie wir hören, einen Besuch abstatten.

Anlässlich seiner zahlreichen Besuche des Führer hat er auch einige Male mit dem Führer zusammen, dem er durch sein verschiedentliches warmes Eintreten für Deutschland und dessen Führer durchaus kein Fremder mehr war.

Verlesung der Anklageschrift im Memelprozeß beendet

Kowno, 20. Dez. Im Memelländer Prozeß wurde am Donnerstag die Verlesung der Anklageschrift nach vierstündiger Dauer beendet. Auch dieser Tag verlief im übrigen ohne jede besonderen Ereignisse. Am Freitag werden die Angeklagten zur Sache vernommen werden.

König Gustav an das Kontingent für die Saar

Stockholm, 20. Dez. Die schwedischen Truppen für das Saargebiet wurden am Donnerstag von König Gustav, dem Erbprinzen Gustav Adolf und ihrem Befehlshaber, Oberleutnant Nordenman, beehret. In einer kurzen Ansprache betonte Oberleutnant Nordenman, daß die Truppe sich mühevoll zu verhalten habe, um ihrem Heimatland Ehre zu machen. „Gegen die Zivilbevölkerung müßt ihr Euch rücksichtsvoll erweisen; wir wollen ihr helfen und sie unterstützen, einen kritischen Zeitabschnitt zu durchleben.“ König Gustav richtete gleichfalls einige Worte an die Mannschaft und sagte u. a.: „Ihr steht jetzt bereit, in fremdem Lande Dienst zu machen und ihr tragt alle eine große Verantwortung. Ich bin davon überzeugt, daß ihr es versteht und Euer Bestes tun werdet, um meinen Forderungen und denen des Landes zu entsprechen. Ich lege Euch ans Herz, Euer Bestes zu tun und durch ein gutes Benehmen Euer Land in einen guten Ruf zu bringen. Ich und das Land folgen Euch mit kritischen Augen. Führt ihr Euch gut auf, so seid von meiner Erkenntlichkeit und der Dankbarkeit des Landes überzeugt.“

Die ersten Italiener im Saargebiet eingetroffen

NR. Saarbrücken, 20. Dez. Die ersten italienischen Soldaten sind am Donnerstag im Saargebiet eingetroffen. Es handelt sich jedoch heute nur um kleinere Kontingente, die Vorhut der in den nächsten Tagen erwarteten geschlossenen Truppenteile. Morgen wird der erste größere Truppenteil des ersten Grenadierbataillons unter Führung des Majors Ruggiero in Saarbrücken eintreffen. Am Samstag folgen zur gleichen Stunde die Carabinieri unter Oberst Peano. Sie führen eine größere Anzahl Panzerwagen mit. Sonntag werden die übrigen Grenadiere unter Major Silvestri hier erwartet.

Zwei weitere englische Bataillone auf dem Wege nach Saarbrücken

NR. London, 21. Dez. Zwei Bataillone Infanterie verließen am Donnerstagabend das Truppenlager von Caterick in Yorkshire, um sich am Freitag mittag in Dover einzuschiffen. Die beiden Bataillone, die aus insgesamt 40 Offizieren und 940 Mann bestehen, werden Samstag in Saarbrücken eintreffen.

Sprengstofflager im Saargebiet ausgegraben

Saarbrücken, 20. Dez. Wie die Zeitung „Deutsche Front“ meldet, hat die hiesige Kriminalpolizei ein umfangreiches Sprengstofflager am Südhang des Spicker Berges, in der Nähe der französisch-saarländischen Grenze, ausgegraben. Bei Nachforschungen über einen Einbruch ließ man auf mehrere Gruben. In der ersten Grube fand man Munition, Sprengkapseln und schwere Jagdmunition. Die zweite Grube enthielt eine große Menge Bomben, die mit Brillanz-Sprengstoffen, Dynamit sowie Zündschnüren mit Zündköpfen und Sprengkapseln gefüllt war. In der dritten Grube wurde ein Spaten mit Stahlrohr gefunden, mit dem offenbar die Gruben hergestellt worden waren. Das gesamte Material wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Die Munition, anscheinend französischer Ursprungs, war in französischen bzw. lothringischen Zeitungen verpackt; außerdem wurden ein großes Packpapier mit Aufkleberbild der Firma Heß, Söhne und Klebezettel der französischen Eisenbahnverwaltung vorgefunden.

Devisen für die Abstimmungsberechtigten

Berlin, 20. Dez. Den abstimmungsberechtigten Personen, die zur Volksabstimmung in das Saargebiet reisen, ist es gestattet, einen Geldebetrag bis zu 25 RM., der ganz oder zum Teil in der im Saargebiet geltenden französischen Währung bestehen kann, mitzunehmen. Mit Rücksicht darauf, daß die Bevölkerung des Saargebietes die Verpflegung übernommen hat und im Hinblick darauf, daß die Regierungskommission des Saargebietes den Aufenthalt für die Abstimmungsberechtigten aus dem Reich auf drei Tage beschränkt hat, kann von der Mitnahme eines höheren Betrages abgesehen werden. Die Devisenbanken und Wechselstuben werden ermächtigt, den Abstimmungsberechtigten deutsches Geld bis zum Betrag von 25 RM. in französische Franken umzuwechseln. Der Abstimmungsbeauftragte muß zu diesem Zweck der Bank 1 seinen Reisepaß, 2 die Mitteilung, daß er in die vorläufigen Listen eingetragen ist, oder den Abstimmungsausweis vorlegen.

Abonniert das „Durlacher Tagblatt“



Die Gemeindelast

ROMAN VON GERT ROTHBERG

(22. Fortsetzung.)
Sein froher, unbekümmerter Ton gab ihr die gute Laune zurück. Sie lachte ebenfalls. Weshalb sollte sie sich denn nicht mit diesem famosen Menschen unterhalten, wenn ihr das gefiel?
Er aber, der Künstler, dachte:
Ein albernere Zufall. Weshalb gerade Oberhof? Sie tanzten später zusammen, und des Künstlers Arm lag viel zu fest um Gisela's Taille. Das sah Ernst Oberhof genau so gut, wie es die Gastgeberin bemerkte. Ein verächtliches Lächeln legte sich um ihren Mund. Eine Frau, die einen solchen Mann, wie Ernst Oberhof aufs Spiel setzte, konnte ihr leid tun. Denn ein Wellin war diesen hohen Preis nicht wert!
Ihre Liebenswürdigkeit Gisela gegenüber ließ etwas nach, was aber diese nicht bemerkte.
Als Gisela nach der Heimkehr von dem Fest sich auskleidete, sagte Oberhof:
„Wir reisen am Donnerstag weiter. Ich möchte mit dir noch einige Tage nach Monte Carlo. Ich war auch noch nicht dort, und wenn man einmal hier ist, so kann man das mitnehmen.“
„Wir wollten doch drei Wochen hierbleiben?“
„Und der Grund?“ fragte sie gereizt.
„Oh, der braucht dich nicht zu interessieren!“
Sie stampfte mit dem Fuße auf.
„Du willst nur nicht, daß ich mich mit Wellin unterhalte.“
Da wandte er sich schweigend ab und verließ das Gemach. Er setzte sich unten zu mehreren Herren ins Rauchzimmer. Dort erzählte man sich gerade gewagte Erlebnisse, und die Frau spielte bei diesen schwülen Er-

Ankunft der ersten Saardeutschen aus Uebersee

Hamburg, 20. Dez. Mit dem Motorship „Monte Olivia“ der Hamburg-Süd traf am Donnerstag nachmittags die erste größere Gruppe abstimmungsberechtigter Saardeutscher aus Uebersee in Hamburg ein. Es handelt sich um 22 Männer und Frauen aus Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay, die ihrer Abstammungspflicht in der alten Heimat genügen wollen. An der Ueberseebrücke hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, die die Saardeutschen mit stürmischen Heilrufen begrüßte, während eine Kapelle der Landespolizei konzertierte. Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Saarvereins und viele Freunde und bekannte Saarländer begaben sich an Bord. Staatsrat Stankiewicz hieß die Heimkehrer im Auftrage des Reichsstatthalters willkommen. Die Saardeutschen hätten den weiten Weg nicht gecheut, um in Treue zu ihrem Vaterland ihre Stimme am 13. Januar in die Waagschale zu werfen, damit das Saargebiet endlich wieder mit dem deutschen Mutterlande vereinigt wird. Im Gegenzug zu den ihnen von der Emigrantenpresse vorgelegten Meldungen würden sie ein einiges, zufriedenes und ruhig an seinem Aufbau arbeitendes Deutsches Reich vorfinden und erleben. Der Landesgruppenleiter des Saarvereins, Dr. Kuhn, begrüßte darauf seine Landsleute und schilderte ihnen die Sorgen und Nöte der deutschen Volksgenossen im Saargebiet. In nordischer Treue zu Volk und Heimat hätten die Saardeutschen aus Uebersee keine Opfer und Mühen gespart, um sich der Heimat zur Verfügung zu stellen. Dafür dankten ihnen alle deutschen Volksgenossen und namentlich die Brüder und Schwestern im Saargebiet.

Nachdem ein Vertreter der Saarländer für den herzlichsten Empfang auf deutschem Heimatboden gebittet hatte, wurde gemeinsam das Saarlied gesungen. Am Freitag wird ein Empfang der Saarländer im Rathaus stattfinden.

Das holländische Großflugzeug „Miver“ vermisst

NR. Amsterdam, 20. Dez. In Holland herrscht große Aufregung darüber, daß das durch das Luftrennen London-Melbourne berühmt gewordene Flugzeug „Miver“, das Mittwochabend von Kairo nach Bagdad gestartet war, vermisst wird. Man fürchtet, daß die Maschine zwischen Gaza und Kufrah in einen Sturm geriet und mitten in der Wüste niedergehen mußte. Jedenfalls scheint der Funkapparat nicht mehr zu funktionieren, da man keinerlei Nachrichten von der aus vier Mann bestehenden Besatzung erhalten hat. Die englischen Militärbehörden in Bagdad haben zugelangt, unverzüglich mit Flugzeugen und Automobilen Nachforschungen in der arabischen Wüste anzustellen. Bisher konnte jedoch wegen heftiger Gewitter hiermit noch nicht begonnen werden.

Unter diesen Umständen hat die Direktion der holländischen Luftverkehrsgesellschaft am Donnerstagabend beschlossen, ein zweites Flugzeug, den „Leuwerik“, zu entsenden, um selbst Nachforschungen nach dem vermissten „Miver“ vorzunehmen zu lassen und gegebenenfalls die für Niederländisch-Indien bestimmte umfangreiche Weihnachtspost zu übernehmen. Der von dem bekannten Piloten Geyndorfer geführte „Leuwerik“ wird noch Donnerstag nacht vom Amsterdamer Flughafen Schiphol starten und zunächst bis Kairo fliegen. Neben der aus zwei Piloten, einem Bordfunker und einem Mechaniker bestehenden gewöhnlichen Besatzung werden noch ein Reserve-mechaniker sowie zwei höhere Beamte des technischen Stabes der Luftverkehrsgesellschaft an Bord sein.

Zur Schlacht von Tannenberg

Erklärung des Reichswehrministeriums

Berlin, 20. Dez. Zu den in letzter Zeit die Deffentlichkeit in zunehmendem Maße erregenden, tief bedauerlichen literarischen Auseinandersetzungen über Vorgänge im Stabe des Oberkommandos der 8. Armee während der Schlacht bei Tannenberg am 26. August 1914 stellt das Reichswehrministerium auf Grund einer im Reichsarchiv vorhandenen, von verstorbenen Herrn Reichspräsidenten und Generalfeldmarschall von Hindenburg am 9. März 1933 persönlich unterzeichneten Aufzeichnung fest, daß damals zwischen ihm, dem Oberbefehlshaber, und seinem Generalstabschef General Ludendorff eine Meinungsverschiedenheit über die Durchführung der Schlacht nicht bestand hat.

Anders lautend Erzählungen, daß der Generalfeldmarschall der 8. Armee, General Ludendorff, im Festhalten an dem einmal gefaßten Entschluß zur Durchführung der Schlacht geschwankt haben soll, mißt das Reichswehrministerium ebenso wie die Kriegsgeschichtliche Abteilung des Reichsarchives geschichtliche Beweiskraft nicht zu. Solche Erzählungen, mögen sie in gutem Glauben vorgebracht sein, sind damit gegenstandslos.

Weitere deutsch-französische Frontkämpferbesprechungen

NR. Berlin, 20. Dez. Die Besprechungen zwischen deutschen und französischen Frontkämpfern, die mit einer Unterhaltung des Präsidenten der Union Federale der Frontkämpfer, Pichot, mit dem Reichskriegsopferführer Oberlindober in Baden-Baden ihren Anfang genommen haben, wurden heute in Berlin fortgesetzt. In den Besprechungen kam der Wille zum Ausdruck, den die Frontkämpfer beider Länder haben, dem Frieden und damit ihren Vätern zu dienen. Herr Pichot, der zusammen mit dem Generalsekretär der Union Federale der Frontkämpfer Randoux, in Berlin war, hat die Gelegenheit gehabt, sowohl den Führer, wie den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, zu sehen, die sich mit ihnen so freimütig unterhalten haben, wie Frontkämpfer untereinander zu sprechen gewohnt sind. Die Besprechungen zwischen Herrn Pichot und dem Reichskriegsopferführer sollen, wie zum Ausdruck kam, keine großen Probleme behandeln, sondern lediglich jenem Willen Ausdruck verleihen, der in jenen lebendig ist, die im Kriege ihre Pflicht getan haben, nämlich den Willen, einzig ehrenvollen Frieden und eine ebenso ehrenvolle Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Kultur- und Sabatennationen anzubahnen. Die Gespräche zwischen den französischen und den deutschen Frontsoldaten werden ihren Fortgang nehmen. Sie werden zwischen allen deutschen Frontkämpfern und allen französischen Verbänden in der nächsten Zeit fortgeführt, ohne daß deshalb in den Kreisen der Frontkämpfer die Absicht besteht, den offiziellen Vertretern beider Länder in ihren Aufgaben vorzuzukommen. Es treffen sich hier nicht die großen Namen aus dem Kriege, sondern in allererster Linie die Soldaten aus den vordersten Gräben des Weltkrieges, die Träger einer aktiven Politik waren, ohne sich im Kriege dessen bewußt zu sein.

Der Besuch am 2. August in Baden-Baden und der Besuch von zwei anderen Frontkämpfern, Jean Goy und Robert Monnier, am 2. November in Berlin sowie der heutige Besuch zeigen ebenso wie die bisher stattgefundenen Besprechungen den Willen, daß die Frontkämpfer beider Länder zum Segen ihrer Völker bereit sind, weiter an der Annäherung beider Völker zu arbeiten.

Kundgebung für Italien im ungarischen Oberhaus

NR. Budapest, 20. Dez. Im Oberhaus fand am Donnerstag anlässlich des Besuchs des italienischen Korporationsministers Aquino eine Kundgebung für Italien statt. Das Oberhausmitglied Szonyach brachte im Namen des Hauses den Dank für die den ungarischen Vertretern während der Genfer Ratsverhandlung zuteil gewordene Unterstützung Italiens zum Ausdruck und wies auf die freundliche Unterstützung Ungarns durch die polnische Schwefelernation. Er hob ferner die warme Anteilnahme des englischen Parlaments an den Ausweisungen der Ungarn aus Südslawien hervor und brachte unter starkem Beifall dem Außenminister von Ranga Dank und Anerkennung für seine Leistungen in Genf zum Ausdruck.

Im Oberhaus gelangte dann die Haltung des tschechoslowakischen Rundfunks während der Genfer Verhandlungen zur Sprache. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Prager Sender während dieser Tage in ungarischer Sprache Verleumdungen und einseitige Mitteilungen, sowie Verunglimpfungen der ungarischen Regierung und der ungarischen Behörden verbreitet hatte.

Bizkanzler Fürst Starbemberg zur Versöhnung bereit

NR. Wien, 21. Dez. Der Bizkanzler Fürst Starbemberg hielt am Donnerstag bei einer Weihnachtsfeier der Jugendorganisation des Heimatschutzes „Jungpaterland“ eine Rede, deren vornehmlicher Ton aufhellend war. Er sagte u. a.: „Wir wollen nicht in die Zukunft haß und Unversöhnlichkeit hinübertragen. Wir wollen in der Gegenwart und der Vergangenheit vergehen und wir wollen gerade am Weihnachtsfest auch mit Liebe und Veröhnungsbereitschaft derer gedenken, die uns im Laufe des vergangenen Jahres die Waffen in die Hand gezwungen haben. Wir haben keinen Feind in- und außerhalb Oesterreichs, mit dem es uns nicht möglich wäre, bei gegenseitigem gutem Willen uns auszuöhnen. Wir haben keinen Feind, dem wir in der Zukunft haß und Feindschaft entgegenbringen wollen.“

„Die Deutsche Stimme ruft auch Dich!“

Ferngelernt, die ihn mutlos machte für die Zukunft, soweit es seine Ehe anbelangte. Zudem wußte er kaum, ob sie ihm über Wellin von Anfang an die Wahrheit gesagt hatte.

Sie hing an seinem Halse, küßte ihn, weinte wild. Da nahm er den zuckenden Frauenkörper in seine Arme. Aber er dachte dabei, was der Rumäne unten im Rauchzimmer gesagt hatte.

„Heißblütigen Weibern muß man den Herrn zeigen, sonst geht er durch wie ein junges Pferd.“

Am anderen Morgen reisten sie ab.

In Monte Carlo folgten dann einige schöne Tage. Von dort aus fuhren sie nach Paris, und nichts trübte mehr den jungen Ehehimmel. Wenigstens nach außen hin. In sein Herz ließ Ernst Oberhof just niemand einen Einblick tun. Als er eines Tages festlegte:

„Nun reisen wir heim.“ schmiegte Gisela sich an ihn.

„Ja, Ernst, wir wollen heim. Heim auf den schönen Oberhof!“

Da hoffte er noch einmal im stillen, daß alles gut werden würde.

8.

Das junge Paar war wieder daheim, und alles schien in Ordnung. Gisela müßte sich sogar, freundlich gegen Christa zu sein. Vorläufig blieb auch alles beim alten. Gisela hatte sich das zwar anders vorgestellt, aber sie sagte nichts. Denn sie dachte mit Schaudern daran, wie nahe sie der Gefahr gewesen war, Ernst zu verlieren. Und mit ihm den sicheren Boden, den der Oberhof für sie bildete.

Dennoch!

Wie eine Drohne lebte sie dahin. Sie spazierte in ihren schönen Kleidern im Garten umher, ging ihrem Mann entgegen, wenn er draußengebrannt von den Feldern heimkehrte. Die grenzenlose Langeweile schlich immer mehr an sie heran. Im oberen Stockwerk waren einige Zimmer wundervoll eingerichtet worden. Und erst war die junge Frau auch fast gerührt gewesen, als sie sah, wie man ihr zu Liebe hier alles erneuert hatte.

Doch nun war all das Schöne ihr schon zur Gewohnheit geworden, und Gisela schlenderte gelangweilt durch die Räume.

(Fortsetzung folgt.)